

**Den folgenden Diskussionsbeitrag hat Rudolf Dreßler zur Verfügung gestellt. Rudolf Dreßler hat ihn beim bundesweiten Basis-Ratschlag am 8.11.09 in Kassel gehalten.**

## **Das Wahlergebnis vom 27. September 2009 - nur vergleichbar mit jenem vor 116 Jahren aus dem Jahr 1893 - zwingt zur Bestandsaufnahme**

Rudolf Dreßler  
Parl. Staatssekretär a.D.  
Botschafter a.D.  
Impulsreferat  
Bundesweiter Basis-Ratschlag, 8.11.2009,  
11.00 Uhr Kassel, Tagungszentrum Lichthof

Als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, vor seinem Umzug in die Bundespolitik, hat uns ein ehemaliger stellv. SPD-Vorsitzender und heute ehemaliges SPD-Mitglied aufgefordert - Zitat: "unsere Gerechtigkeitsideale zu überdenken und diese an den Realitäten der Weltwirtschaft abzumessen".

Zur Klarstellung: Ein stellv. SPD-Vorsitzender fordert seine Partei auf, die politische Verantwortung an der Garderobe von "Microsoft", von "IBM", von "Shell" und anderen Multis abzugeben.

Für einen ehemaligen Spitzenpolitiker der SPD ein erstaunlicher Satz. Ebenso erstaunlich die Nichtreaktion innerhalb der Sozialdemokratischen Partei.

Folgerichtig und weniger erstaunlich war seine Berufung in die Bundesregierung. Dort konnte und sollte er den selbsternannten Modernisierern helfen, nicht nur sozialdemokratische Gerechtigkeitsideale zu überdenken, sondern diese zu ändern.

Die Ergebnisse sind im Sinne des Wortes beeindruckend.

- Die heute von Hartz IV abhängige Personenzahl beträgt 7,4 Millionen Menschen.
- 25 % der Beschäftigten in Westdeutschland arbeitet mittlerweile für Löhne, die weniger als 75 % des Durchschnittseinkommens ausmachen.
- In Ostdeutschland sind es bereits 60 % der Beschäftigten.
- Kinderarmut und Altersarmut steigen.

Der von sozialdemokratischen Hundertschaften ständig glorifizierte Zuwachs an Arbeitsplätzen löst sich auf, wenn wir uns dem kleinen "Ein-mal-Eins" zuwenden:

Das Gesamtarbeitsvolumen ist gestiegen, gleichzeitig ist die durchschnittliche Pro-Kopf-Jahresarbeitszeit gesunken.

Anders ausgedrückt: Das Arbeitsvolumen hat sich auf mehrere Personen verteilt zu Ungunsten eines überproportionalen Anstiegs von "befristeten Stellen, von "Teilzeitstellen", von "geringfügiger Beschäftigung".

Noch anders ausgedrückt: Der Weg in die Altersarmut wurde von Sozialdemokraten verbreitert.

- Bereits im März 2008, berichtete die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", hat das Bundesarbeitsministerium den Bundestag schriftlich darüber informiert, dass rund 3,2 Millionen Personen, die Arbeitslosengeld beziehen, nicht in der Arbeitslosenstatistik auftauchen.

Anders ausgedrückt: Sozialdemokraten bejubeln bis heute die von ihnen selbst manipulierte Statistik.

- Unternehmensverkäufe oder Teilverkäufe (im Jahr 2001) werden steuerfrei gestellt, heizen das Fusionsfieber an und bescheren den Investmentbanken ein Riesengeschäft.
- In der Rentenpolitik (2001) starten Sozialdemokraten den Paradigmenwechsel. Die paritätische Beitragsfinanzierung wird gesprengt. Die private sog. "Riesterrente" wird eingeführt. Dem Finanzsektor fließen riesige Mittel zu, die der staatlichen Rente fehlen.
- Ein SPD-Minister hebt (im Jahr 2002) die Befristung der Leiharbeit auf. Immer mehr feste Arbeitsplätze werden umgewandelt.
- Die Lebensarbeitszeit wird von einem SPD-Minister - ohne Diskussionsprozess - vom 65. auf das 67. Lebensjahr hochgestuft. Die verlautbarte Begründung: die demographische Entwicklung zwingt dazu.

Es spricht sich herum, dass heute erheblich weniger als 10 % der jährlich Betroffenen nur noch mit Erreichen des 65. Lebensjahres beschäftigt sind. Fast alle Betroffenen empfinden "Rente mit 67" als "Rentenkür